

Stand: 06.05.2024 14:06:30

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/23468

"Steigende Energiepreise: Bayern muss handeln!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/23468 vom 30.06.2022
2. Beschluss des Plenums 18/23488 vom 30.06.2022
3. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 30.06.2022



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Steigende Energiepreise: Bayern muss handeln!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Folgen des aktuellen und bevorstehenden drastischen Anstiegs der Energiekosten für private Verbraucherinnen und Verbraucher abzumildern, indem sofort Entlastungen auf bayerischer Ebene auf den Weg gebracht werden. Dabei sind insbesondere Kinder und Bedürftige in den Blick zu nehmen. Neben der Umsetzung spürbare Entlastungen für Verbraucherinnen und Verbraucher und gezielter Familienförderung soll auch dauerhaft ein kostenloses ÖPNV-Ticket für Bedürftige eingeführt werden.

Die Staatsregierung wird ferner aufgefordert, die Bundesbauministerin Klara Geywitz im Interesse der Mieterinnen und Mieter bei der Lösung der sich zuspitzenden Problematik der Indexmieten zu unterstützen, damit es zu keiner Doppelbelastung durch drastisch steigende Mieten und Nebenkosten kommt.

Begründung:

Angesichts des Ukrainekrieges steigen die Energiepreise drastisch. Die Menschen sind verunsichert. Der Bund hat unter Führung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gehandelt und ein umfassendes Maßnahmenpaket umgesetzt, das bereits deutlich Wirkung zeigt. Auch Bayern muss abmildernde Maßnahmen ergreifen, um für die Menschen im Freistaat Preissteigerungen gerecht, schnell und wirksam zu kompensieren. Es ist völlig unzureichend, permanent und ausschließlich neue Forderungen an den Bund zu richten, ohne auch nur minimale eigene Anstrengungen zu unternehmen.

Die Zögerlichkeit der Staatsregierung ist völlig unverständlich, da der Bund hinsichtlich des Ausgleichs der Inflationwirkung für die Bürgerinnen und Bürger bereits kraftvoll gehandelt hat. Schon im Februar und März 2022 wurden von der Fortschrittskoalition zwei umfangreiche und treffsichere Entlastungspakete mit einem Volumen von 30 Mrd. Euro für die Mitte der Bevölkerung auf den Weg gebracht.

Insofern sind jetzt keine weiteren Fensterreden, sondern endlich Handeln der Staatsregierung erforderlich. Zur Deckung des Maßnahmenpakets stehen Mittel aus den in der Maisteuerschätzung prognostizierten Steuermehreinnahmen für den Freistaat von 1,9 Mrd. Euro in 2022 zur Verfügung.

Bei den Entlastungen, die Bayern unverzüglich für die Bürgerinnen und Bürger auf den Weg bringen soll, sind insbesondere Kinder und Bedürftige in den Blick zu nehmen. Ein wichtiges Element, das umzusetzen ist, ist die Einführung eines kostenlosen ÖPNV-Tickets für Bedürftige.

Auf Bundesebene muss die Staatsregierung die Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) bei der Lösung der sich zuspitzenden Problematik der Indexmieten tatkräftig unterstützen, damit es zu keiner Doppelbelastung durch drastisch steigende Mieten und Nebenkosten kommt. Die Bundesregierung tut alles, um weitere Belastungen für Mieterinnen und Mieter zu vermeiden.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/23468

Steigende Energiepreise: Bayern muss handeln!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Rainer Ludwig

Abg. Florian von Brunn

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Abg. Kerstin Schreyer

Abg. Julika Sandt

Abg. Martin Stümpfig

Abg. Raimund Swoboda

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 8** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Verlässliche Unterstützung von privaten Haushalten angesichts steigender Energiepreise (Drs. 18/23377)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD)

Steigende Energiepreise: Bayern muss handeln! (Drs. 18/23468)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Tatsächliche Unterstützung von privaten Haushalten angesichts steigender Energiepreise! (Drs. 18/23469)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile Herrn Kollegen Rainer Ludwig von der Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine hat uns nicht nur die Abhängigkeit von Rohstoffen deutlich vor Augen geführt. Die geopolitische Lage hat auch gezeigt, wie schnell wir in eine energiepolitische Krise schlittern. Die jüngste Drosselung von Gaslieferungen hat diese Situation noch einmal verschärft und heftige Turbulenzen an den internationalen

Energiemärkten ausgelöst. Deutschland steht vor bislang noch nie da gewesenen, nicht gekannten Energieproblemen. Die Energiepreise sind nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indizes seit Januar 2022 drastisch durch die Decke gegangen und haben die Grenze der Belastbarkeit unserer Bürgerinnen und Bürger längst erreicht. Dennoch ist ein Ende der Fahnenstange noch nicht abzusehen. Die Entwicklungen lassen einen weiteren kräftigen Anstieg erwarten, der für die Verbraucher nicht mehr bezahlbar scheint, nicht mehr zumutbar und tragbar ist.

Meine Damen und Herren, der Bundeswirtschaftsminister war deshalb gezwungen, die längst überfällige zweite Warnstufe, die sogenannte Alarmstufe im Notfallplan Gas auszurufen. Wir sehen deshalb die Bundespolitik zwingend in der Verantwortung, die dramatischen Folgen der explodierten Energiekosten entsprechend abzumildern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER haben deshalb schon vor Kurzem eine eigene Resolution mit konkreten Eckpunkten verabschiedet und hier vorgestellt, damit die Wirtschaft und die Menschen nicht ins finanzielle Abseits laufen. Mit dem Maßnahmenpaket zum Umgang mit den hohen Energiekosten wurden nicht zuletzt durch unsere Anregungen und unsere Forderungen erste Zeichen gesetzt, um Betroffenen diverse Unterstützungsleistungen zu gewähren. Ich denke hier an die Senkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe, an den Wegfall der EEG-Umlage, an die einmalige Energiepauschale in Höhe von 300 Euro, den Kinderbonus 2022 als zusätzliche Einmalzahlung oder Einmalzahlungen für Empfänger von Sozialleistungen. Ich denke an die Anhebung der Pendlerpauschale, an das 9-Euro-Ticket für den ÖPNV und an diverse Steuerentlastungen. Diese Instrumente sind hier.

Aber sie reichen bei Weitem nicht aus, meine Damen und Herren. Sie können nur ein kleiner Schritt, sie können nur der Anfang gewesen sein. Viele dieser Maßnahmen sind für uns auch viel zu halbherzig. Sie konnten die Belastungen nur geringfügig ausgleichen. Viele dieser Maßnahmen bieten wegen ihres Einmalcharakters kaum ver-

lässliche Perspektiven für die Bevölkerung. Der Bund muss deshalb dringend an entscheidenden Stellen nachjustieren und weitere signifikante Impulse setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir FREIE WÄHLER fordern deshalb eine kontinuierliche Überprüfung der Energiekosten, meine Damen und Herren, die die Bürgerinnen und Bürger zu tragen und zu ertragen haben. Wir halten diese Erhebung einmal im Monat zu einem festen Stichtag vonnöten, um auch sicherzustellen, dass stets die aktuellen Energiepreise möglichst detailliert und realitätsnah abgebildet werden. Als Grundlage dieser Evaluierung dienen die Energiepreis-Indizes des Statistischen Bundesamtes. Diese Erhebungen sollten sich aus unserer Sicht auf die Energieträger Gas, Benzin, Dieselkraftstoff und leichtes Heizöl konzentrieren. Auf dieser Basis können dann konkrete Maßnahmen ergriffen und zielgerechte Entlastungspakete geschnürt werden, um echte soziale Härten angesichts des derzeitigen und noch zu erwartenden hohen Preisniveaus abzufedern oder zu vermeiden.

Meine Damen und Herren, falls diese Evaluierung zeigt, dass sich die Energiepreise für private Verbraucher auf einem außergewöhnlich hohen Level einpendeln und nicht durch die allgemeine Lohnentwicklung kompensiert werden können, fordern wir die Auszahlung von angemessenen, und zwar regelmäßigen – die Betonung liegt auf regelmäßigen –, Unterstützungsleistungen. Damit soll der bisherige Empfängerkreis, der die Leistungen bereits erhält, also einkommensteuerverpflichtige Erwerbstätige, Selbstständige und Bezugsberechtigte von Kindergeld, Sozialleistungen und Arbeitslosengeld, sozial gerecht ergänzt werden. Ich meine damit gerade die Bezieher von geringen und mittleren Einkommen, die die Sorge treibt, wie sie ihren Lebensstandard halten können, wenn die inflationären Energie-, Tank- und Lebensmittelkosten ihr Monatsbudget übersteigen. Es ist aus unserer Sicht notwendig, insbesondere jenen Menschen jetzt eine klare und vor allem langfristige Perspektive zu bieten, die gerade vor einer echten finanziellen Zerreißprobe stehen und berechtigte Existenzängste haben, darunter Empfänger von Lohnersatzleistungen, Bezieher von Kurzarbeitergeld, Kran-

kengeld, Elterngeld oder Mutterschaftsgeld. Auch Azubis und Studenten, die BAföG erhalten, zählen hier dazu. Insbesondere sollten auch die Menschen im Ruhestand, also Empfänger von Renten- und Pensionsleistungen, deutlich entlastet werden.

Wir fordern die Staatsregierung daher auf, sich im Bund für eine zuverlässige und spürbare Abmilderung der Folgen des exorbitanten Energiepreisanstiegs einzusetzen, und zwar so lange, bis diese Energiekrise überwunden ist.

Meine Damen und Herren, dazu brauchen wir aber ein energischeres und zielgenaueres Vorgehen auf Bundesebene, mehr als das, was der grüne Wirtschaftsminister und die Ampel aktuell an den Tag legen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bitte unterstützen Sie unseren Dringlichkeitsantrag. Setzen Sie mit uns Akzente, um den betroffenen Menschen in dieser Energiekrise verlässlich zu helfen, damit die sozialen Gräben in unserem Land nicht noch tiefer werden und die Bezahlbarkeit von Energie gesichert ist. – Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das sind Erwartungen, die kaum zu erfüllen sind!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächster Redner ist der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Herr Kollege Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Putin hat nicht nur in verbrecherischer Art und Weise die Ukraine angegriffen. Er benutzt auch Energielieferungen als Mittel der Kriegsführung. Deswegen sind in Deutschland viele Menschen mit massiv steigenden Energiekosten konfrontiert. Viele von ihnen müssen schon beim Einkaufen von Lebensmitteln sparen, weil das Geld sonst nicht mehr reicht.

Wir als SPD helfen den hart arbeitenden Menschen in Deutschland. Wir wollen aber auch in Bayern Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Familien, Rentnerinnen und Rentnern, Mieterinnen und Mietern, Studierenden und Bedürftigen helfen und sie zusätzlich entlasten. Deswegen fordern wir ein eigenes bayerisches Entlastungspaket für die Menschen im Freistaat.

(Beifall bei der SPD)

Wir erleben im Moment eine groteske Situation, gerade auch hier im Landtag. Herr Söder und Herr Aiwanger, die CSU und die FREIEN WÄHLER, machen viel Wind und fordern viel von Berlin. Aber sie tun selbst bisher gar nichts, um den Menschen in Bayern zu helfen. Das ist ein Armutszeugnis. Zeigen Sie nicht immer nur mit dem Finger nach Berlin! Das ist billig, und das kann jeder. Auch hier gilt der berühmte Satz von Erich Kästner: "Es gibt nichts Gutes, außer: Man tut es".

(Beifall bei der SPD)

Deswegen haben wir als SPD-Fraktion ein eigenes bayerisches Entlastungspaket vorgeschlagen mit einem Energiegeld von 50 Euro pro Kopf, einem weiß-blauen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind und einer Einmalzahlung für alle Menschen in Bayern, die soziale Leistungen beziehen, egal ob alt oder jung. Außerdem wollen wir angesichts des Erfolgs des 9-Euro-Tickets, das in diesem Monat im Übrigen zu einer deutlichen Senkung der Preissteigerungen geführt hat, wie uns Untersuchungen von Wirtschaftswissenschaftlern zeigen, zusätzlich endlich das versprochene 365-Euro-Ticket für Bayern, aber auch kostenlose ÖPNV-Tickets für Bedürftige.

(Beifall bei der SPD)

Das Geld dafür ist im Freistaat vorhanden. Die Steuerschätzung vom Mai geht von fast zwei Milliarden Euro mehr aus. Lassen Sie uns den Menschen in Bayern einen Teil dieses Geldes zurückgeben und ihnen den Alltag und die Finanzierung ihres Lebens ein Stück weit leichter machen.

Außerdem wollen wir, dass Sie sich mit uns gemeinsam konstruktiv, nicht immer nur in Kritik und Oppositionsattitüde, dafür einsetzen, Mieterinnen und Mieter zu entlasten. Gerade die Mieterinnen und Mieter, die einen Mietvertrag mit einer sogenannten Index-Miete haben, werden derzeit doppelt belastet. Ihre Miete ist an die Inflation gekoppelt und steigt, und zwar deutlich. Gleichzeitig steigen ihre Nebenkostenrechnungen. Das dürfen wir nicht zulassen. Deswegen wollen wir als SPD hier helfen. Hier können Sie von der CSU und den FREIEN WÄHLERN Ihrer Verantwortung gerecht werden und konstruktiv und gemeinsam mit uns diesen Weg gehen. Das ist besser, als immer nur neue Forderungen nach Berlin hinauszuschreien.

Ein eigenes bayerisches Entlastungspaket, wie wir es als SPD vorschlagen, wäre eine starke Ergänzung für die Hilfen aus Berlin. Herr Ludwig, Sie haben gerade zwei große Entlastungspakete der Bundesregierung unter der Führung von Olaf Scholz mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro kleingeredet. Es handelt sich um 30 Milliarden Euro plus viele Milliarden Euro Entlastung für die Wirtschaft, um Arbeitsplätze zu sichern und Firmen vor Schwierigkeiten zu bewahren. Das war wichtig. Das heißt aber nicht, dass wir in Bayern die Hände in den Schoß legen können, ganz im Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen fasse ich noch einmal zusammen, was zu tun ist: Wir als SPD handeln gemeinsam mit unseren Partnern in der Ampel. Aber wir können und wollen auch in Bayern mehr tun, um die Menschen angesichts der Inflation zu entlasten. Von lauten Forderungen kann niemand die Gas- oder Stromrechnung oder die Miete bezahlen. Deswegen wollen wir als Bayern-SPD die Menschen mit eigenen Mitteln unterstützen. Wir wollen ein eigenes bayerisches Entlastungspaket für Familien, Bedürftige und Pendlerinnen und Pendler. Das ist soziale Politik für die Menschen in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege von Brunn. – Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Frau Ebner-Steiner für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle haben mit Ihrer teils größenwahnsinnigen, teils ideologischen Politik das Land an den Rand einer Katastrophe geführt. Die Energiepreiskrise ist letztlich eine Existenzkrise der produzierenden Wirtschaft. Beim lachhaften Versuch, Russland zu sanktionieren, haben die Berliner Ampel-Stümper letztlich nur das eigene Land sanktioniert. Frieren für den Frieden? – Nicht mit uns von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Die Krise der Energiepreise ist wie die allgemeine Geldentwertung keine Folge des Ukraine-Krieges. Dieser ist nur ein verstärkender Faktor. Die idiotische Energiepolitik aller Windmühlen-Parteien von Schwarz bis Grün hat die Preise schon steigen lassen, lange bevor Russland seine Rohstofflieferungen an Europa infolge Ihrer Sanktionen drosselte.

Was ist Ihre Antwort? – Mehr Staat, mehr Umverteilung und mehr Lenkungswirtschaft. Die FREIEN WÄHLER wollen einen neuen Umverteilungsmechanismus für regelmäßige Transferleistungen einführen. Zukünftig sollen die Energiepreise dauerhaft überwacht werden, notfalls soll automatisch am Monatsanfang das Steuergeld fließen. Davon ausgeschlossen sind nur die Topverdiener.

Zudem wollen Sie die Bundesregierung zum Weiterbetrieb der drei verbliebenen AKW bewegen. Abgesehen davon, dass die in Ihrem eigenen Antrag gesetzte Frist längst verstrichen ist, ist dieses Vorhaben illusorisch. Während unser Nachbar Frankreich bald 57 Kernkraftwerke betreibt, will man in Berlin noch immer mit Vogelschreddern und Mülltrennung die Welt retten. Die Union zetert, will nun auch die Laufzeiten verlän-

gern, bleibt aber die Partei, die den Atomausstieg erst beschlossen hat. Gratulation! Das einzig Nachhaltige an Ihrer Politik ist, mit welcher Effizienz Sie das Land deindustrialisieren und den Mittelstand verarmen lassen. Sie haben die freie Marktwirtschaft in Teilen außer Kraft gesetzt und schreien nun alle nach mehr Staatswirtschaft, anstatt endlich eine vernunftgesteuerte und zukunftsfähige Energiepolitik zu machen.

Um den Bürgern jetzt schnell zu helfen, benötigen wir eine Erhöhung des Grundfreibetrags auf 12.600 Euro, eine Erhöhung des Sparerpauschbetrags auf 12.500 Euro bei Einzelveranlagten, 2.500 Euro bei Zusammenveranlagten und eine Erhöhung der Entfernungspauschale auf 40 Cent ab dem ersten Kilometer, beides rückwirkend ab dem 1. Januar 2022.

Zudem müssen wir schnellstens die CO₂-Steuer abschaffen, um den Weg zur Nutzung der bayerischen Erdgasvorkommen frei zu machen. Dafür müssen verlässliche Rahmenbedingungen für Energieunternehmen geschaffen werden. Das alles kann aber nur ein erster Schritt sein. Wollen wir langfristig eine sichere, preiswerte, nachhaltige und emissionsfreie Energieerzeugung, brauchen wir modernste, nicht GAU-fähige Kernkraftwerke wie Dual-Fluid-Reaktoren und Natriumgekühlte schnelle Reaktoren. Stimmen Sie doch einfach schon heute unserem Antrag und damit unserer Energiepolitik zu. Früher oder später werden Sie sowieso in der Realität ankommen und es ohnehin tun. Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Kerstin Schreyer für die CSU-Fraktion.

Kerstin Schreyer (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr von Brunn, ich fand Ihre Ausführungen wirklich spannend, weil es doch sehr gut ist, wenn die FREIEN WÄHLER einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag auf den Weg bringen. Sie haben bei Ihrem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag eigentlich nur das Adressfeld geändert. Für diese Fragen ist der Bund zuständig, wie wir alle wissen.

Ich finde es schon spannend, wenn Sie sagen, dass so viel Geld investiert worden sei. Sie haben völlig recht. Aber das Geld ist leider an den entscheidenden Zielgruppen vorbei investiert worden: Rentnerinnen und Rentner und Studierende. Diejenigen, die es am allermeisten brauchen, bekommen an dieser Stelle nichts.

(Florian von Brunn (SPD): Dann haben Sie sich die Details nicht angeschaut! Damit müssen Sie sich noch einmal beschäftigen!)

– Herr von Brunn, ich weiß nicht was Sie gerade sprechen, aber es macht auch wenig Sinn. Ich habe Ihnen vorhin zugehört, und ich fände es schön, wenn Sie auch mir zuhören würden, damit Sie anschließend einen Erkenntnisgewinn haben.

(Florian von Brunn (SPD): Können Sie mit Zwischenrufen leben?)

Noch einmal: Die Ampel-Regierung in Berlin hat Geld investiert. Leider Gottes geht das Geld an den Zielgruppen vorbei.

(Florian von Brunn (SPD): Falsch!)

Sozialpolitik bedeutet, dass man sich zunächst einmal anschaut, wer die Zielgruppen sind, die das Geld wirklich brauchen. Das sind die Seniorinnen und Senioren und das sind die Studierenden. Es ist schon spannend, dass Sie denken, der Freistaat kann einspringen und Geld organisieren. Das scheint durchgehend der Fall zu sein. Wir haben die Debatte um den Rettungsschirm. Sie haben das 9-Euro-Ticket genannt. Das sind alles ganz tolle Geschichten. Die Frage ist aber am Ende des Tages: Wer zahlt das alles? Wenn der Bund eine Idee hat, dann darf er diese gerne komplett finanzieren. Aber es ist schon echt spannend, wenn man fordert, dass der Freistaat alles lösen soll. Sie sagten auch, dass das 9-Euro-Ticket ein Erfolgsmodell ist. Das ist alles andere als ein Erfolgsmodell. Es wäre sinnvoller gewesen, wenn der Bund dem Freistaat das Geld zur Verfügung gestellt hätte, um entsprechende Maßnahmen durchführen zu können. Stattdessen legt man ein vergünstigtes Ticket auf, ohne die Anbindung entsprechend organisiert zu haben. Das ist wirklich spannend.

Aber jetzt zurück zu den Fragen, die eigentlich auf der Tagesordnung stehen. Ich bin den FREIEN WÄHLERN für den Antrag sehr dankbar. Ich unterstütze diesen auch, weil er richtig ist. Es ist ein kluger Antrag. Am Ende des Tages brauchen wir eine verlässliche Energiepolitik. Ich kann vonseiten des Bundes nach wie vor nicht erkennen, wie diese Energiepolitik gewährleistet werden soll. Ich sehe sie faktisch nicht. Insofern werden wir uns die Frage stellen müssen, was wir machen können. Erstens. Alle Menschen in Bayern und in ganz Deutschland müssen von dem Geld, das sie haben, leben können. Wenn die Energiekosten in astronomische Höhen steigen, dann ist das völlig unrealistisch. Dann werden die Energiekosten zu einer sozialen Frage. Deswegen ist es wichtig, dass der Bund entsprechend nachjustiert und überlegt, wie er Verlässlichkeit im Energiebereich schaffen und die finanzielle Unterstützung organisieren will, damit das am Ende des Tages auch klappt.

Der Chef der Bundesnetzagentur, Klaus Müller, hat gestern in der "Welt" gesagt, dass zahlreiche Haushalte bereits in drei Monaten ihre Rechnungen nicht mehr begleichen werden können. Dann haben wir jetzt ein Problem. Das Problem tritt in ganz Deutschland auf, nicht nur in Bayern. Deshalb ist auch klar, wer der Adressat ist. Der Adressat ist an dieser Stelle der Bund und nicht der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich werfe niemandem vor, dass man das vorher hätte sehen können. Wir wurden alle überrascht. Seit dem 24. Februar ist die Welt eine andere. Putin handelt anders, als wir es uns jemals hätten vorstellen können. Die Gaslieferung von Nord Stream 1 ist zu 60 % gedrosselt worden. Das ist ein Vertragsbruch. Das nützt uns jedoch nichts. Wir müssen damit umgehen. Deswegen hoffe ich, dass der G7-Gipfel etwas vorwärtsbringt und wir am Ende des Tages Lösungen erhalten. Denn so, wie es jetzt ist, wird es nicht funktionieren.

Ich finde es in einem höchsten Maße dreist, wenn Bundesminister Habeck sagt, wir sollen den Gürtel enger schnallen. Das kann man sagen, wenn man sich das leisten

kann. Viele können sich das jedoch nicht leisten. Dabei handelt es sich im Übrigen oft um Frauen, wenn es mir gestattet ist, das zu sagen. Das sind Frauen, die Kinder großgezogen haben, Rentnerinnen, Frauen mit niedrigem Einkommen, Erzieherinnen, Kinderpflegerinnen und Friseurinnen. Ich nenne bewusst die weibliche Variante. Von einem, der jeden Monat Diäten überwiesen bekommt, wie wir alle, ist es dreist, zu sagen: Schnallt halt mal den Gürtel enger.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Energieversorgung darf kein Luxus sein, sie gehört dazu. Sie ist ein Grundstandard des Lebens. Deswegen ist klar, dass wir dem Antrag der FREIEN WÄHLER zustimmen. In Berlin muss noch mehr getan werden. Ich bin sehr froh über die zwei Entlastungspakete in Höhe von 30 Milliarden Euro. Ich möchte sie nicht kleinreden. Ich möchte jedoch, dass alle profitieren. Ich möchte, dass wir an diesen Stellen vorwärtskommen.

Im Übrigen können wir die Energieprobleme gut bearbeiten. Darüber haben wir schon oft geredet. Würden wir zuverlässigen Atomstrom für die nächsten drei bis fünf Jahre als Übergang weiterbeziehen, würden die Probleme nicht so deutlich auftreten. Aber die Ampel lässt uns auch an dieser Stelle im Stich. Das Osterpaket hat dazu geführt, dass die kleine Wasserkraft nicht mehr gefördert wird. Die Biomasse wird schlechtgeredet. Wir kommen bei der Geothermie nicht vorwärts, weil sich der Bund nicht mit Brüssel einigen kann. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Bund hat viele, viele Fehler gemacht. Ich erwarte, dass er wenigstens denjenigen, die finanziell schwach sind, entsprechend unter die Arme greift. Deswegen stimmen wir selbstverständlich dem Antrag der FREIEN WÄHLER zu. Dem Antrag der SPD stimmen wir nicht zu, weil das Adressfeld falsch ist. Zum Antrag der AfD ist es die Redezeit nicht wert, hierzu Ausführungen zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der AfD: Oh!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Schreyer, mir liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor; die erste kommt von Frau Kollegin Julika Sandt von der FDP-Fraktion.

Julika Sandt (FDP): Frau Kollegin Schreyer, Sie haben recht, wenn Sie sagen, dass die Situation für Menschen mit geringem Einkommen schwierig ist. Es ist jedoch falsch zu behaupten, dass diese nicht von den Maßnahmenpaketen profitieren würden. Die Rentnerin profitiert von dem Heizkostenzuschuss in Höhe von 270 Euro, von der Entlastung in Höhe von 35 Euro durch die Abschaffung der EEG-Umlage und von der Rentenerhöhung um 5,25 %. Die BAföG-Studierende profitiert zum Beispiel vom angehobenen Förderhöchstsatz. In Zukunft werden mehr Studierende als unter der GroKo BAföG aufgrund der Initiative der FDP-Bundesministerin erhalten. Ihre Behauptung, dass diese Gruppen nicht profitieren, ist nicht haltbar.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Bitte schön, Frau Schreyer.

Kerstin Schreyer (CSU): Frau Kollegin Sandt, ehrlich gesagt bin ich etwas fassungslos, weil Sie meines Wissens die sozialpolitische Sprecherin Ihrer Fraktion sind. Sie müssten wissen, dass es einen kleinen Unterschied macht, ob die Rentnerin auf 18 oder 19 Grad reduzieren muss, weil es nicht reicht. Unser sozialpolitischer Anspruch sollte es sein, dass Menschen in Deutschland und in Bayern im Hinblick auf die Heizkosten nicht überlegen müssen, ob sie zwei Mäntel oder einen Mantel anziehen. Ihr Ansatz lautet: Dann zieh halt statt zwei Mänteln nur einen Mantel an, wir haben eine Unterstützung.

(Julika Sandt (FDP): Das stimmt nicht!)

Mit Verlaub, das finde ich wirklich faszinierend. Am Ende des Tages muss das Geld, das aus Berlin kommt, reichen. Wie Sie wissen, sind sowohl Einmalzahlungen als auch dauerhaft niedrige Zahlungen keine Lösungen für das Problem.

(Julika Sandt (FDP): Die Renten wurden erhöht!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom SPD-Fraktionsvorsitzenden Florian von Brunn.

Florian von Brunn (SPD): Frau Schreyer, ich stelle fest, dass Sie sich inhaltlich mit dem Entlastungspaket der Bundesregierung in Höhe von 30 Milliarden Euro überhaupt nicht auseinandergesetzt haben. Das erwarte ich eigentlich, bevor man an das Rednerpult tritt. Die Kollegin hat Ihnen gesagt, wie hoch die Entlastungen sind. Man könnte noch vieles ergänzen. Ich finde es pharisäerhaft und bezeichnend, dass Sie, die Sie als ehemalige Ministerin die Verantwortung dafür tragen, dass wir hier in Bayern zu wenig bezahlbaren Wohnraum haben, eine Bilanz von Pleiten, Pech und Pannen bei der Schaffung von Wohnraum haben, die die Mieterinnen und Mietern bezahlen können, arrogant an das Rednerpult treten und die Vorschläge der SPD-Fraktion, wie die Menschen in Bayern entlastet werden können, eiskalt zurückweisen. Das sagt eigentlich alles aus. Dazu muss man auch nicht mehr sagen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Schreyer, bitte.

Kerstin Schreyer (CSU): Herr von Brunn, ich bin hin- und hergerissen, ob ich darauf überhaupt antworten soll. Ich finde Ihre Art der Intonierung unverschämt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Dr. Simone Strohmayr (SPD):
Wer austellt, muss auch einstecken können!)

Sie wissen ganz genau, dass sich die Stadt München – sagen wir es vorsichtig – unterhalb dessen bewegt, was im Bereich Wohnraum nötig ist. Sie wissen, dass gerade ich in den Zeiten für den Bereich Wohnraum massiv angeschoben habe. Ehrlich gesagt finde ich es unverschämt, dass Sie auf diese Art und Weise versuchen, davon abzulenken, dass Sie die Verantwortung in Berlin haben und die Menschen absolut im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Der nächste Redner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Herr Kollege Martin Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER packen mit diesem Antrag die Schrotflinte aus und wollen für alle Bürgerinnen und Bürger die Energiepreise pauschal senken. Das soll selbst für Personen gelten, die ein Jahresgehalt in Höhe von 250.000 Euro haben. Im Antrag selbst steht keine einzige Zeile, wie das finanziert werden soll. Von daher ist dieser Antrag für uns reiner Populismus. Wir werden ihn ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Schreyer, eine Schrotflinte ist nicht klug. Genau das ist dieser Antrag. Man kann nicht alles über einen Kamm scheren. Eine verantwortungsvolle Politik sieht wirklich anders aus.

Zunächst gehe ich noch einmal einen Schritt zurück. Die Preise für fossile Energien sind sehr stark gestiegen. Wir befinden uns in einer enormen Abhängigkeit. Das sehen wir jetzt immer mehr. Über Jahre und Jahrzehnte haben wir in diesem Hause und als GRÜNE in der Bundesregierung für Energieeinsparung, für den Ausbau erneuerbarer Energien und für die Abkehr von fossilen Brennstoffen gekämpft. Das alles wurde abgelehnt. Seit dem Jahr 2018 wurde das nicht nur von der CSU, sondern auch von Ihnen, den FREIEN WÄHLERN, abgelehnt. Wir haben kein Wärmegesetz. Wir haben kein Förderprogramm für energetische Gebäudesanierung. Wir haben keine Mobilitätswende. Im Koalitionsvertrag steht: Wir wollen eine Steigerung der Energieeffizienz. Wir werden auch künftig die Förderung und Beratung der Wärmewende im Gebäudebereich voranbringen. – Es gibt jedoch keine Beratung durch lokale Energieagenturen. Es gibt keine Förderung der Wärmewende. Am Dienstag haben wir gesehen, dass das Klimagesetz mehr als windelweich ist. Unser Fazit lautet klar: Mittel- und langfristig haben Sie nichts dazu beigetragen, die Energiekosten zu senken.

Jetzt fordern Sie vom Bund Geld – möglichst schnell und für alle. Genau das, was Sie hier und heute machen, ist kontraproduktiv. Gas ist ein knappes Gut. Die Situation hat sich zugespitzt. Jetzt wollen Sie für alle die Preise senken. Das ist genau das Falsche. Frau Schreyer, Sie haben gesagt, was Minister Habeck macht, sei falsch. Das ist aber genau das Richtige. Im Vergleich zum Vorjahr haben wir dieses Jahr 15 % Erdgaseinsparung. Das ist der Erfolg eines grünen Bundeswirtschaftsministers, der wirklich anpackt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wollen eine gezielte Unterstützung für wirklich bedürftige Haushalte. Die Bundesregierung hat ein großes Paket in Höhe von 30 Milliarden Euro aufgelegt. Herr Ludwig, in Ihrem Antrag die Grenze bei 270.000 Euro nach § 32 des Einkommensteuergesetzes zu ziehen, ist wirklich mehr als ein Witz. Das kann wirklich nicht sein. Wir brauchen eine gezielte Förderung. Wir brauchen nicht alle Rentner zu unterstützen. Es gibt durchaus Rentner, die sich über 3.000 Euro freuen. Das sollen sie ruhig monatlich haben. Aber dann brauchen Sie doch bitte keine Unterstützung mehr. Dafür sind die finanziellen Mittel nicht vorhanden. Wir brauchen sie ganz woanders. Wir GRÜNE können uns auch ganz gut vorstellen, dass man hier zusätzliche Pakete macht, wo sie erforderlich sind, wo sie leistbar sind – aber gezielt für bedürftige Haushalte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen kommt von uns der klare Appell: Schauen Sie nach Bayern! Hier sind Sie – ich rufe Ihnen das in Erinnerung – in der Regierung. Sie können hier ein Entlastungspaket beschließen. Die Höhe der Steuereinnahmen ist sehr gut. Das sind die Ansatzpunkte. Bisher nur Fehlanzeige! Ihr Antrag ist reine Show. Deshalb lehnen wir ihn ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Stümpfig, vielen Dank. – Ich gebe bekannt, dass SPD und FREIE WÄHLER zu ihren Anträgen jeweils na-

mentliche Abstimmung beantragt haben. – Nun hat die Kollegin Julika Sandt für die FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FREIEN WÄHLER fordern mit dem ersten Punkt ihres Antrags die Evaluierung des Energiepreisniveaus. Diese Forderung bleibt aber leider völlig schwammig. Wie definieren Sie ein "außergewöhnlich hohes Niveau"? Meinen Sie Energiepreise am Markt? Meinen Sie die Verbraucherpreise? Was bedeutet in Ihrer Begründung der Passus "bis die aktuelle Krise auf den Energiemärkten überwunden werden"? Ein Preisanstieg ist schon seit dem August/September 2021 feststellbar, also noch zur Regierungszeit der Großen Koalition. Welches Preisniveau ist zu erreichen, dass man sagen kann, die Energiekrise ist komplett überwunden?

Die Preise sind extrem volatil; sie sind zum Teil durch die Decke gegangen. Sie haben sich zum Teil wieder auf dem Vorkriegsniveau eingependelt. Auf dieser volatilen Basis fordern Sie jetzt für die verschiedenen Betroffenen Gruppen eine Berechnung der Unterstützungsleistungen zum Anfang des nächsten Monats. Das würde einen Riesenbeamtenapparat in Berlin beschäftigen. Auf jeden Fall halte ich es für ziemlich utopisch, das für die unterschiedlichen Gruppen Monat für Monat so auszuzahlen. Das geht auch ziemlich stark nach dem Prinzip Gießkanne.

Die zwei Entlastungspakete, die es für die verschiedenen Personengruppen gab, habe ich schon angesprochen. In diesen werden natürlich auch Rentnerinnen und Rentner ganz stark berücksichtigt, vor allem durch die deutliche Rentenerhöhung, sowie gerade auch die Empfänger von Leistungen nach dem BAföG. Ich habe das eben beispielhaft vorgerechnet. Es gibt unterschiedlichste Möglichkeiten. Das 9-Euro-Ticket kommt auch noch dazu. Das ist eine ganze Menge an Entlastungen.

Wir lehnen den Antrag ab. Entsprechend dem Antrag der SPD finde ich die Forderung richtig, als Bayerischer Landtag zu schauen, was wir hier in Bayern tun können. Diesen Ansatz der SPD halte ich für absolut richtig. Man kann nicht immer nur nach dem

Bund schreien. Das ist hier nicht unser Job. Der Antrag der FREIEN WÄHLER wählt das Gießkannenprinzip. Deshalb lehnen wir ihn ab. Den AfD-Antrag lehnen wir sowie so ab, ohnehin ist er auch nicht europarechtskonform.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Sandt, vielen Dank. – Jetzt hat der fraktionslose Abgeordnete Raimund Swoboda das Wort.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Hohes Haus, verehrte Bürger! Wir beraten wieder über einen Antrag der Hilfslosigkeit. Diesmal kommt er von den FREIEN WÄHLERN. Auch wenn ihr Chef nicht da ist, wird der Herr Dr. Mehring es ihm ausrichten.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER))

Sie beklagen diese extremen Belastungen der Bürger – übrigens auch die anderen zwei Antragsteller; deren Anträge sind auch nicht viel mehr wert.

Sie bedauern diese Preisexplosion. Wir haben es richtig gespürt, wie Sie mit uns allen "mitfühlen". Aber was machen Sie für uns und mit uns? – Die Besserung wollen Sie durch Geldleistungen bewirken, die der Bund – also andere! – erbringen sollen. Sie wollen jeden mit einer Gabe von 30 Silberlingen bedenken – größer wird sie nicht sein –, die auf die Bürger zukommt, damit Sie sie beschwichtigen und sich ihre Wählergunst wieder Ihnen zuwendet. Es ist vielleicht einfach typisch für die FREIEN WÄHLER: Man forscht nicht nach der Ursache einer Misere, sondern doktert an den Wirkungen herum. Das ist aber nicht nur bei Ihnen so, sondern auch bei Ihrem Regierungspartner, der CSU, findet man das.

Was ist denn eigentlich die Ursache der Misere? – Die Ursache ist einfach diese irrsinnige Energiepolitik, die uns jetzt schon seit Jahren begleitet. Man schaltet ab, ohne dass die neue Energie, diese salbungsvoll herbeigerufene erneuerbare Energie, bereits angeschaltet werden kann. Das kann sie in absehbarer Zeit nicht, weil die Ressourcen und die Arbeitskräfte dafür fehlen. Die Ursache ist die selbstzerstörerische

Sanktionspolitik, die von allen Bundesländern über den Bund bis nach Europa vorangetragen wird. Jetzt sind wir schon im sechsten Stadium der Sanktionen. Noch immer zeigen sie keine Wirkung im Zielbereich. Bei uns allen aber, bei Ihnen, verehrte Bürger, spürt man diese Wirkung. Wenn nichts Außergewöhnliches geschieht und das, was sich die FREIEN WÄHLER haben einfallen lassen, über uns kommt, dann kommt der Habeck-Frost über uns. Dann bleibt die Küche kalt, die Heizung bleibt kalt, das Gas bleibt weg. Herr Streibl, eine Lösung für die FREIEN WÄHLER wäre doch jetzt einmal, das wäre der Knüller – –

(Florian von Brunn (SPD): Dürfen Sie zuhause nichts mehr sagen, weil Sie hier so viel Schmarrn erzählen?)

– Herr von Brunn, ob das Schmarrn ist oder nicht, haben nicht Sie, zu entscheiden.

Der Knüller wäre doch, wenn Sie den Ampel-Companeros raten, empfehlen würden, Nord Stream 2 aufzumachen. Das Gas ist da; die Röhre steht unter Gasdruck. Der Habeck-Frost würde uns in diesem Winter nicht erreichen. Das ist Ihnen aber zu heiß. Sie wollen den Bürgern irgendetwas in die Augen streuen.

(Florian von Brunn (SPD): Note 6!)

Tut mir leid, so etwas zu unterstützen, wird Ihnen, glaube ich, die Zustimmung der Bürgerschaft nicht einbringen.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ihre Redezeit ist zu Ende. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Zur Abstimmung können wir noch nicht schreiten, da nach Beantragung der namentlichen Abstimmung erst sechs Minuten vergangen sind. Sie wissen, die Informationszeit dauert 15 Minuten. Deshalb werden wir diese drei Anträge en bloc abstimmen – den Antrag der AfD-Fraktion in einfacher Form, die Anträge von SPD und FREIEN WÄHLERN in namentlicher Form nach der Beratung des nächsten Antrags, den ich an dieser Stelle zur Beratung aufrufen darf.

(...)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bevor wir zu den nächsten Dringlichkeitsanträgen kommen, kehren wir zu den unter Ziffer 1 bereits beratenen Dringlichkeitsanträgen zurück. Wir kommen hier zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 18/23377 wird namentlich abgestimmt, also mittels Ihrer Abstimmungsgeräte. Es geht um den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 18/23377. Bitte jetzt hier abstimmen! Die Abstimmungszeit beträgt zwei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 14:17 bis 14:19 Uhr)

Ist noch jemand im Saal, der seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist augenscheinlich nicht der Fall. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis wird im Anschluss bekannt gegeben.

Wir kommen jetzt zur namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/23468. Die Stimmabgabe erfolgt mittels Ihres Stimmgeräts. Die Abstimmungszeit beträgt wiederum zwei Minuten und beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 14:20 bis 14:22 Uhr)

Befindet sich jemand im Saal, der seine Stimme noch nicht abgegeben hat? – Das ist augenscheinlich nicht der Fall. Damit schließe ich die Abstimmung.

Wir kommen damit zur einfachen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/23469. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD, der FDP sowie die fraktionslosen Abgeordneten Klingens, Plenk, Swoboda und Sauter. Stimm-

enthaltungen? – Das ist der fraktionslose Abgeordnete Bayerbach. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Verlässliche Unterstützung von privaten Haushalten angesichts steigender Energiepreise" auf Drucksache 18/23377 bekannt. Mit Ja haben 76, mit Nein 67 Abgeordnete gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Ich verkünde jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion betreffend "Steigende Energiepreise: Bayern muss handeln!" auf Drucksache 18/23468. Mit Ja haben 41, mit Nein 103 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.06.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Robert Riedl u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Verlässliche Unterstützung von privaten Haushalten angesichts steigender Energiepreise (Drucksache 18/23377)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X	
Adjei Benjamin		X	
Aigner Ilse	X		
Aiwanger Hubert			
Arnold Horst		X	
Atzinger Oskar		X	
Aures Inge		X	
Bachhuber Martin	X		
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Bauer Volker			
Baumgärtner Jürgen			
Prof. Dr. Bausback Winfried	X		
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes		X	
Becker Barbara			
Beißwenger Eric	X		
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus			
Böhm Martin			
Bozoglu Cemal		X	
Brandl Alfons	X		
Brannekämper Robert			
Brendel-Fischer Gudrun	X		
von Brunn Florian		X	
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael			
Celina Kerstin		X	
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren		X	
Dorow Alex	X		
Dremel Holger	X		
Dünkel Norbert	X		
Duin Albert		X	
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard	X		
Eibl Manfred			
Dr. Eiling-Hütig Ute	X		
Eisenreich Georg			
Enders Susann	X		
Enghuber Matthias	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Fackler Wolfgang	X		
Dr. Faltermeier Hubert	X		
Fehlner Martina		X	
Fischbach Matthias		X	
Flierl Alexander	X		
Flisek Christian		X	
Franke Anne		X	
Freller Karl			
Friedl Hans	X		
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara		X	
Füracker Albert			
Gehring Thomas			
Gerlach Judith			
Gibis Max	X		
Glauber Thorsten			
Gotthardt Tobias			
Gottstein Eva			
Graupner Richard		X	
Grob Alfred	X		
Güller Harald			
Guttenberger Petra	X		
Häusler Johann	X		
Hagen Martin		X	
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hartmann Ludwig			
Hauber Wolfgang	X		
Haubrich Christina		X	
Hayn Elmar		X	
Henkel Uli		X	
Herold Hans			
Dr. Herrmann Florian	X		
Herrmann Joachim			
Dr. Herz Leopold	X		
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hierneis Christian		X	
Hiersemann Alexandra		X	
Hintersberger Johannes	X		
Högl Petra	X		
Hofmann Michael	X		
Hold Alexander	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus	X		
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas	X		
Huml Melanie			
Jäckel Andreas	X		
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro	X		
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul		X	
Köhler Claudia			
König Alexander			X
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen	X		
Kohnen Natascha		X	
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Kurz Sanne			
Ländner Manfred	X		
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra	X		
Lorenz Andreas	X		
Ludwig Rainer	X		
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian	X		
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin	X		
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin	X		
Monatzeder Hep		X	
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter	X		
Dr. Oetzinger Stephan	X		
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald	X		
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef	X		
Radler Kerstin	X		
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Regitz Barbara	X		
Reiß Tobias	X		
Riedl Robert	X		
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Rüth Berthold	X		
Dr. Runge Martin		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred	X		
Schalk Andreas	X		
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef	X		
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika	X		
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer Kerstin	X		
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan		X	
Schwab Thorsten	X		
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald	X		
Seidenath Bernhard	X		
Sengl Gisela		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus	X		
Stolz Anna			
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Triebel Gabriele		X	
Urban Hans			
Vogel Steffen	X		
Wagle Martin	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg	X		
Zellmeier Josef			
Zierer Benno	X		
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	76	67	1

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 30.06.2022 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Horst Arnold u. a. und Fraktion SPD; Steigende Energiepreise: Bayern muss handeln! (Drucksache 18/23468)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin	X			Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse		X		Fehlner Martina	X		
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst	X			Flierl Alexander		X	
Atzinger Oskar		X		Flisek Christian	X		
Aures Inge	X			Franke Anne	X		
				Freller Karl			
Bachhuber Martin		X		Friedl Hans		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter		X		Friedl Patrick			
Bauer Volker				Fuchs Barbara	X		
Baumgärtner Jürgen				Füracker Albert			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bayerbach Markus		X		Gehring Thomas			
Becher Johannes	X			Gerlach Judith			
Becker Barbara				Gibis Max		X	
Beißwenger Eric		X		Glauber Thorsten			
Bergmüller Franz		X		Gotthardt Tobias			
Blume Markus				Gottstein Eva			
Böhm Martin				Graupner Richard		X	
Bozoglu Cemal	X			Grob Alfred		X	
Brandl Alfons		X		Güller Harald			
Brannekämper Robert		X		Guttenberger Petra		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X					
von Brunn Florian	X			Häusler Johann		X	
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin		X	
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
				Halbleib Volkmar	X		
Celina Kerstin				Hartmann Ludwig	X		
Dr. Cyron Anne				Hauber Wolfgang		X	
				Haubrich Christina	X		
Deisenhofer Maximilian				Hayn Elmar	X		
Demirel Gülseren	X			Henkel Uli		X	
Dorow Alex		X		Herold Hans		X	
Dremel Holger		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dünkel Norbert		X		Herrmann Joachim			
Duin Albert		X		Dr. Herz Leopold		X	
				Dr. Heubisch Wolfgang			
Ebner-Steiner Katrin		X		Hierneis Christian	X		
Eck Gerhard		X		Hiersemann Alexandra	X		
Eibl Manfred				Hintersberger Johannes		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X		Högl Petra		X	
Eisenreich Georg				Hofmann Michael		X	
Enders Susann		X		Hold Alexander		X	
Enghuber Matthias		X					

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Dr. Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut		X	
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian		X	
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim			
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina			
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf		X	
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Stümpfig Martin			
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef			
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	41	103	0